

Marzahn- Hellersdorf

32. Jahrgang / Januar 2022

links

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf · Informationsblatt

Linksfraktion macht Druck:

Ergänzungsbauten für Schulen in Marzahn-Süd

Auch in Marzahn-Süd leiden die Schülerinnen und Schüler unter Schulraummangel und vollgestopften Klassen. Schon lange drängt DIE LINKE darauf, dass endlich Abhilfe geschaffen wird. In der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 16. Dezember 2021 hat die Linksfraktion die geplanten Schulergänzungsbauten für die Grundschule an der Mühle und die Grundschule an der Geißenweide erneut zum Thema gemacht.

Spätestens seit dem Schuljahr 2020/2021 sind beide Grundschulen massiv überbelegt. Abhilfe durch temporäre Schulcontainer bzw. Modulare Ergänzungsbauten (MEB) müssen schnell errichtet werden. Die Linksfraktion hat sich erfolgreich für Schulcontainer für die Grundschule an der Mühle – sog. Pavillons nach dem Charlottenburger Modell – eingesetzt, die eigentlich schon seit dem aktuellen Schuljahr stehen sollten. Der Planungsprozess hatte sich aber verzögert, obwohl man davon ausging, dass es mit Amtshilfe durch den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf schneller gehen würde. Die vom Bezirk selbst geplanten Schulcontainer für die Kiekemal- und Schleipfuhl-Grundschule stehen bereits, und auch die Container für die Kolibri-Grundschule wurden schon beauftragt.

Wie der zuständige Bezirksstadtrat Kühne (CDU) in der BVV-Sitzung am 16. Dezember berichtete, geht es an der Grundschule an der Mühle nun endlich voran: Die Pavillons könnten zum kommenden Schuljahr zur Verfügung stehen. Der vom Bezirksamt gestellte Bauantrag wurde positiv beschieden und der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf konnte in Amtshilfe die Ausschreibung auf den Weg bringen. Auch die Finanzierung über das 100-Mio.-Euro-Programm – nur für 2021 gültig – ist gesichert, da die Baumaßnahme als begonnen gilt

und damit fortgesetzt werden kann. Laut Aussage von Kühne kann auch schon im nächsten Jahr mit dem Bau des MEB südlich des Bestandsgebäudes begonnen werden. Wenn dieser dann fertiggestellt ist, beginnt die Sanierung des Hauptgebäudes. Für die Grundschule an der Geißenweide ist ein dauerhafter Ergänzungsbau (MEB) mit kleiner



Die Grundschule an der Mühle befindet sich in der Schragenfeldstraße, sie ist hier von der Allee der Kosmonauten aus zu sehen.

Mensa geplant. Bislang hätte dieser eine erhebliche Verkleinerung des Schulhofes zur Folge gehabt, weshalb Eltern und Schulleitung darauf gedrängt hatten, die Planungen zu überdenken. Am 16. Dezember 2021 gab es einen Vor-Ort-Termin mit den zuständigen Ämtern (Schulamt, Straßen- und Grünflächenamt, Stadtentwicklungsamt). Im Ergebnis soll der Ergänzungsbau nun anders platziert werden und weniger Fläche vom jetzigen Schulhof beanspruchen. Positiver Nebeneffekt: Es müssen keine geschützten Eichen abgeholzt werden – vier wären es nach der bisherigen Planung gewesen. Jetzt muss die angepasste Planung nur noch von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, die den Neubau verantwortet, bestätigt werden. DIE LINKE unterstützt das Anliegen der Eltern und der Schulleitung und hat die Forderung nach mehr Beteiligung bei Schulbaumaßnahmen mit dem

Antrag „Neue Schulplätze mit Schulen und Eltern gemeinsam planen“ (Drucksache 0070/IX) untermauert. Dieser wurde mit großer Mehrheit in der BVV beschlossen.

THOMAS BRAUNE

Außerdem in dieser Ausgabe:

Seite 2: Für DIE LINKE in der Berliner Landesregierung / Aus den Siedlungsgebieten

Seite 3: Petra Pau: Ein göttliches Angebot / Rechter Terror und seine Netzwerke - präsenter denn je

Seite 4: Kristian Ronneburg: Deutsche Bahn und Senat: Bahnmodernisierungsprogramm / Auf den Hund gekommen?

Seite 5: Die Kamera hatte er fast immer dabei / Aus dem Bezirksvorstand / Ehrung fürs Ehrenamt

Seite 6: Kalenderblätter / Hinten links: Kriegskredite

Innenseiten I und II:

Aus der BVV-Linksfraktion:

- BVV-Bericht vom 16. Dezember 2021
- Keine Kürzung bei Kinder- und Jugendarbeit / Weihnachtsfeier für Kinder ...

Name der Hölle

**Verbrechen ist international
nur eines nicht
deutsches Verbrechen
heißt Auschwitz**

Jürgen Riedel

29. Januar - Stilles Gedenken an die Opfer des Faschismus

Am 27. Januar 2022 ist der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Im Stillen Gedenken wird am 29. Januar 2022 an verschiedenen Orten im Bezirk an die Opfer des Nationalsozialismus gedacht.

Weitere Informationen auf der Website des Bündnisses für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf: <https://buendnis.demokratie-mh.de/termin/stilles-gedenken/>

Folgen Sie uns:



<https://www.facebook.com/DIELINKE.Marzahn.Hellersdorf>



https://www.instagram.com/dielinke_mahe/



https://twitter.com/DIE_LINKE_MaHe

*Wollen Sie **Marzahn-Hellersdorf links** regelmäßig lesen?
dann teilen Sie uns Ihren **Abowunsch** mit an:
bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de
mit Betreff: **MaHeli-Abo**
oder per Telefon: **030 5412130***

Für DIE LINKE in der Berliner Landesregierung



Unsere Senatorinnen und Senatoren

Klaus Lederer

- Senator für Kultur und Europa

Katja Kipping

- Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales

Prof. Dr. Lena Kreck - Senatorin für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung

Als Staatssekretär:innen wurden berufen:

- **Dr. Torsten Wöhlert** (Kultur)
- **Gerry Woop** (Europa)
- **Alexander Fischer** (Arbeit)
- **Wenke Christoph** (Soziales und Integration)
- **Dr. Daniela Brückner** (Justiz)
- **Saraya Gomis** (Vielfalt und Antidiskriminierung)

Erfolgreicher Volksentscheid
„Deutsche Wohnen & Co. enteignen“

Wie geht es weiter?

Der Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ war ein großer Erfolg. Die Zustimmung war immens, auch in Marzahn-Hellersdorf sprach sich eine Mehrheit von 56,7 % (75.956) der Wählerinnen und Wähler für den Volksentscheid aus. Mit der Zustimmung zum Koalitionsvertrag hat der Berliner Senat aus SPD, Bündnis'90/Die Grünen und der LINKEN nun den klaren Auftrag, das Ergebnis des Entscheids zur Erarbeitung eines Gesetzentwurfs zur Vergesellschaftung der Wohnungsbestände großer Wohnungsunternehmen zu respektieren. Zunächst soll eine Expertenkommission zur Prüfung der Möglichkeiten, Wege und Voraussetzungen der Umsetzung des Volksbegehrens eingesetzt werden. Die Besetzung soll unter Beteiligung der Initiative des Volksbegehrens erfolgen und innerhalb eines Jahres eine Empfehlung an den Senat für das weitere Vorgehen erarbeiten, der dann eine Entscheidung darüber trifft.

In den ersten 100 Regierungstagen wird der neue Senat über die Einberufung, Beauftragung und Besetzung der Expertenkommission entscheiden. In einem ersten Schritt soll die Kommission die Verfassungskonformität einer Vergesellschaftung, wie im Volksentscheid vorgesehen, untersuchen. Dabei sollen auch mögliche rechtssichere Wege einer Vergesellschaftung benannt und rechtlich bewertet werden. In einem zweiten Schritt werden für diese Wege wohnungswirtschaftliche, gesellschaftsrechtliche und finanzpolitische Aspekte berücksichtigt und entsprechende Empfehlungen an den Senat erarbeitet. Der Senat wird die möglichen verfassungskonformen Wege einer Vergesellschaftung unter wohnungswirtschaftlichen, gesellschaftsrechtlichen und finanzpolitischen Gesichtspunkten gewichten und bewerten. Auf Basis der Empfehlungen der Expertenkommission legen die zuständigen Senatsverwaltungen im Jahr 2023 gegebenenfalls Eckpunkte für ein Vergesellschaftungsgesetz vor. Danach wird der Senat eine abschließende Entscheidung darüber treffen.

KRISTIAN RONNEBURG

Aus den Siedlungsgebieten

Stefanie Wagner-Boysen - mit Teamarbeit für einen echten Kurswechsel!

DIE LINKE hatte im Wahlkampf für das Siedlungsgebiet Mahlsdorf und Kaulsdorf Genossin Stefanie Wagner-Boysen als Kandidatin für das Berliner Abgeordnetenhaus aufgestellt. Um sie herum bildete sich eine Gruppe von Genossinnen und Bewohnerinnen aus den beiden Ortsteilen, mit dabei der junge BVV-Kandidat Laurenz Terl sowie aktive Menschen, die sich für einen echten Kurswechsel im Siedlungsgebiet und in Berlin einsetzen. Nun hat es unsere Kandidatin leider nicht ins Abgeordnetenhaus geschafft. Sie wurde aber gemeinsam mit Laurenz Terl in die Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf gewählt. In der Linksfraktion wurde die aktive Netzwerkerin zur

Geschäftsführerin der Fraktion bestimmt. Und sie steht auch weiterhin für ihre im Wahlkampf vertretenen Positionen für das Siedlungsgebiet ein. Da ist die geforderte TVO einschließlich der Schienen-TVO, das von der Linksfraktion in der BVV geforderte Fahrradparkhaus am Bahnhof Mahlsdorf, da ist ihr Einsatz für den Spielplatz in der Lehnitzstraße, ihre Forderung, das nachhaltige Wirtschaften stärker zu unterstützen sowie für die die Kita- und Schulversorgung im Siedlungsgebiet. Und sie bringt sich weiterhin im Freundeskreis mit Nachbarn und Eltern rund um den Kunst- und Schul-Garten um das Kunsthaus Flora ein. Sie beteiligte sich jetzt schon zum dritten Mal an der Or-

ganisation und Durchführung des dritten Festes im Kunsthaus Flora. Sie war am Baustart „Abriss der Alten Werkhallen Bergedorfer Straße“ dabei und traf sich mit 30 weiteren engagierten Bürgerinnen zur Wanderung zu den Stolpersteinen in Kaulsdorf/Mahlsdorf. Durch ihre praktische Arbeit vor Ort und ihre Bemühungen, den Umweltschutz für jeden Geldbeutel zu ermöglichen, können die Wählerinnen sicher sein, dass ihre Interessen in der BVV aktiv vertreten werden. Die Linksfraktion in der BVV ist dabei an ihrer Seite und wird sie in den nächsten Jahren aktiv unterstützen.

KLAUS-JÜRGEN DAHLER
Bezirksverordneter

Petra Pau (MdB): Ein göttliches Angebot

Debatten „Pro und Kontra bedingungsloses Grundeinkommen“ (BGE) gibt es seit Jahrzehnten, rund um den Globus. Im neuen Jahr, also 2022, wird es in der Partei DIE LINKE zum BGE einen Mitgliederentscheid geben. Gut so.

Ich unterstütze die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens seit längerem unter anderem mit einer biblischen Episode: „Der Herr eines Weinberges heuerte dereinst Helfer an und vereinbarte mit ihnen für ihr Tagwerk einen Lohn von einem Silbergroschen. Des Mittags stellte er noch mehr Weinwerker an, vor Sonnenuntergang weitere. Dann zahlte er alle aus, jeweils mit einem Silbergroschen. Prompt kam Unbill auf. Die Ersten murrten wider den Herrn und sprachen: ‚Diese haben nur eine Stunde gearbeitet, und du hast sie uns gleichgemacht, die wir des Tages Last und die Hitze getragen haben.‘ Er antwortete aber und sagte zu einem unter ihnen: ‚Mein Freund, ich tue dir nicht Unrecht. Bist du nicht mit mir eins geworden für einen Groschen? Nimm, was dein ist, und gehe

hin! Ich will aber diesem Letzten geben gleich wie dir.‘ Denn auch er habe Frau, Kind und Familie, wie Du! ‚Also werden die Letzten die Ersten und die Ersten die Letzten sein.‘“

Was für eine wunderbare linke Botschaft. Man kann diese uralte Weinberg-Geschichte aus Matthäus 20 nämlich auch als Plädoyer für ein bedingungsloses Grundeinkommen lesen. Primär zählt nicht, wer wie lange für andere malocht, sondern dass alle vor Gott gleich sind oder nach dem Grundgesetz Mensch sein können. Die Letzten wie die Ersten!

Es gibt verschiedene Modelle für ein BGE, neoliberale und linke. Also bitte genau hinschauen. Manche laufen darauf hinaus, dass alle ihres Glücks Schmied seien, sodass er oder sie die Gesellschaft mit einem BGE nicht länger belästigen mögen, also Sozialstaat ade.

Meine Sicht ist eine andere. Ein bedingungsloses, emanzipatorisches Grundeinkommen muss sich

auf die Würde des Menschen beziehen und zwar ausnahmslos aller. Das böte einen Gewinn an Freiheit. Niemand könnte mehr in Arbeit gezwungen werden, die offensichtlich den Stempel „Ausbeutung“ trägt. Menschen dürften wägen und wählen, was auch mehr Demokratie bedeuten würde, allemal ob einer rasant zunehmenden Digitalisierung der Gesellschaft.

Ein emanzipatorisches Grundeinkommen könnte eine Antwort auf drohende soziale Verwerfungen sein. So, wie bereits Karl Marx angesichts einer geahnten, zunehmenden Automatisierung eine gesellschaftliche Vision hatte, die er positiv als „Sprung der Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit“ beschrieb. Ich bin fürs Springen, nicht fürs Verharren.

Bevor DIE LINKE sich Pro oder Kontra BGE entscheidet, bedarf es intensiver Debatten, an der Basis, im Bezirk, im Land, im Bund. Nutzen wir die Chance, miteinander, füreinander.

Rechter Terror und seine Netzwerke - präsenter denn je!

Im November 2021 blickten wir auf ein trauriges Jubiläum zurück: Die Selbstenntarnung des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) ist nun ein Jahrzehnt her. Der Staat zeigte seitdem wenig Interesse an einer umfassenden Aufarbeitung rund um den NSU-Komplex und weitere rechts-extreme Strukturen. Diese entwickelten sich seit Jahren weiter, ohne dass der Staat konsequent eingriff. So ist es leider nicht verwunderlich, dass wir in den letzten Jahren und auch aktuell mit vielen rechtsterroristischen Taten und deren Aufarbeitung konfrontiert sind:

Erst kürzlich wurde der engste Vertraute des NSU-Kerntrios, André E., durch die vom Bundesgerichtshof abgelehnte Revision von einer weiteren Haftstrafe verschont. Ein deutliches Signal, dass rechtsextreme Helfer von der deutschen Justiz wenig zu befürchten haben. Aktuell steht der rechtsextreme Ex-Soldat Franco A. vor Gericht. Im hessischen Landtag finden zurzeit gleich zwei Untersuchungsausschüsse zu Rechtsterror statt: zum Mord an Walter Lübcke und dem rechtsextremen Anschlag in Hanau. In Thüringen läuft ein Verfahren gegen zwei Neonazis, die 2018 zwei Journalisten in Fretterode lebensgefährlich verletzten.

Justiz und Presse sprechen im Kontext dieser und weiterer rechter Gewalttaten häufig von Einzeltätern, doch dies ist brandgefährlich! All diese Täter waren keine Einzeltäter, sondern Teil rechter Netzwerke. Mitunter verbinden sie auch direkte gemeinsame Kontakte wie zum NPD-Vorstandsmitglied und NSU-Unterstützer Thorsten Heise.

Ein besonderer Nährboden für rechte Netzwerke sind aktuell die Querdenken-Proteste. So befeuern diverse rechte Akteure, darunter (bewaffnete) Reichsbürger, das erhöhte Gewaltpotenzial im

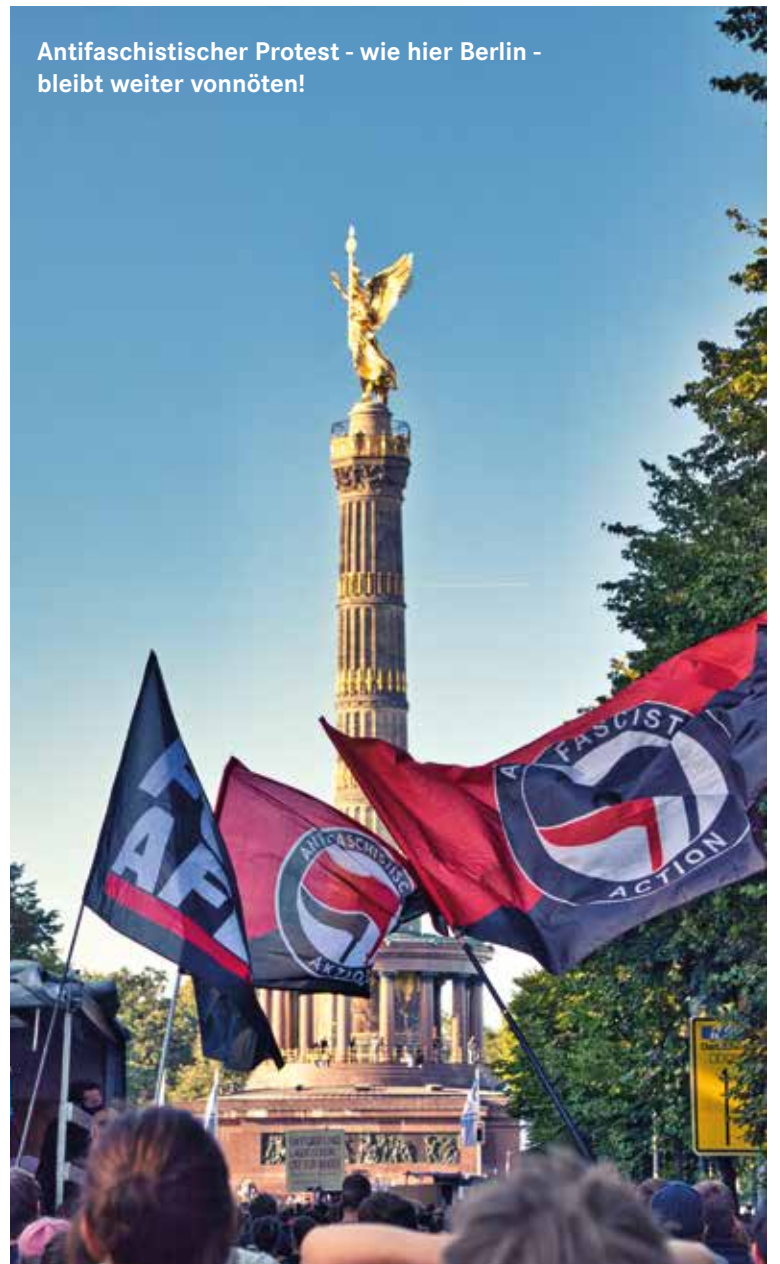
Querdenken-Milieu mit rechtem und antisemitischem Gedankengut. Hier entsteht eine explosive Mischung, die es aktiv im Auge zu behalten gilt.

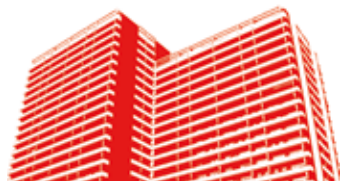
Bleibt abzuwarten, wie sich die neue Regierung zu den sich weiter verschärfenden rechten Tendenzen verhält. Die neue Innenministerin sagte bereits, die Rechtsextremismusbekämpfung sei ihr ein wichtiges Anliegen. Als Linke nehmen wir sie beim Wort und werden sie in den kommenden vier Jahren immer wieder daran erinnern.

Wir können als Gesellschaft nicht hinnehmen, dass sich eine Vielzahl an Menschen nicht sicher fühlt, wenn sie sich in ihrem Alltag an öffentlichen Orten bewegen. DIE LINKE steht solidarisch an der Seite von Betroffenen. Wir fordern von der neuen Bundesregierung, dass sie das seit Jahren geplante Demokratiefördergesetz umsetzt und zu einer Festigung der Strukturen antifaschistischer Arbeit beiträgt. Gemeinsam mit anderen Initiativen setzen wir uns weiter dafür ein, dass rechte Netzwerke stärker beobachtet werden und stellen uns ihnen entschieden entgegen!

LEONIE GRÄNERT
MdB-Büro Pau

Antifaschistischer Protest - wie hier Berlin - bleibt weiter vonnöten!





Bericht zur Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 16. Dezember 2021

Impfangebote ausweiten

Aktuell ist der Bedarf an Erst-, Zweit- und Auffrischungsimpfungen gegen das Corona-Virus so hoch wie nie. Entsprechend wollten wir einen Antrag einbringen, um die Impfangebote in unserem Bezirk auszuweiten. Da auch die anderen Fraktionen ähnliche Anträge formuliert hatten, einigten wir uns mit SPD und CDU auf einen gemeinsamen Antrag.

Unser Verordneter Steven Kelz verdeutlichte noch

Kittler verdeutlichte.

Die Grundschule an der Mühle soll laut Bezirksstadtrat Dr. Torsten Kühne (CDU) nun bald Schulpavillons bekommen. Die Amtshilfe durch den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf und die Finanzierung über das 100-Millionen-Euro-Programm stehen, die Ausschreibung für die Container ist erfolgt.

Für die Grundschule an der Geißenweide (**unser Foto**) ist ein Modularer Ergänzungsbau (MEB) ge-

Maßnahmen zu ergreifen, um diese notwendige Zufahrt zu ermöglichen.

Des Weiteren machte unsere Verordnete Regina Kittler darauf aufmerksam, dass die Behindertenstellplätze auf der Rückseite der Schwimmhalle, die eigentlich den Titel „barrierefreie Schwimmhalle“ trägt, eine Zumutung wären, da sie den Zugang zur Schwimmhalle erschweren. Deshalb müssten diese neben dem Haupteingang eingerichtet werden.



einmal, dass die derzeitigen Impfangebote in Marzahn-Hellersdorf keineswegs ausreichend sind. Es müssen neue Angebote geschaffen werden – sowohl für die Großsiedlung als auch in den Siedlungsgebieten des Bezirks. Die Angebote müssen dabei aber möglichst niedrigschwellig und ohne vorherige Terminvereinbarung verfügbar sein.

Des Weiteren soll sich das Bezirksamt dafür einsetzen, dass mobile Impfteams das Impfen an den Schulen voranbringen und zusätzlich attraktive dezentrale Impfangebote für Kinder, Jugendliche und Familien geschaffen werden.

Neue Schulplätze in Marzahn-Mitte

Mit unserer Priorität wollten wir den aktuellen Stand bezüglich neuer Schulplätze in Marzahn-Mitte in Erfahrung bringen. Die Grundschule an der Mühle und die Grundschule an der Geißenweide sind seit langer Zeit an ihren Kapazitätsgrenzen. Es werden dringend neue Schulplätze an beiden Schulen gebraucht, wie unsere Verordnete Regina

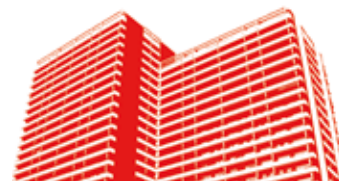
plant. Laut Kühne wurde kürzlich der Standort für die MEB durch die verschiedenen zuständigen Ämter besichtigt. Um den Schulhof weitestgehend in seiner jetzigen Größe zu erhalten und nicht die Eichen fällen zu müssen, wurde ein neuer Standort ausgemacht, der nun vom Land bestätigt werden soll.

Rettungsweg zur Helmut-Behrendt-Schwimmhalle

Für Rettungsfahrzeuge ist die Zufahrt zur Helmut-Behrendt-Schwimmhalle auf dem eigentlich angedachten Weg nicht bis zum Haupteingang möglich. Die letzte Wegstrecke muss durch die Rettungskräfte mit dem notwendigen Equipment zu Fuß zurückgelegt werden. Fahrerinnen und Fahrer von Rettungsfahrzeugen, die sich auf dem Gelände nicht auskennen, brauchen oft längere Zeit, um zum Ziel zu gelangen. Das sind Minuten, die entscheidend für Menschenleben sein können. Mit einem dringlichen Antrag fordern wir deshalb das Bezirksamt dazu auf, schnellstmöglich

Beschlossene Drucksachen (mit Beteiligung) der Linksfraktion:

- Bildung von Ausschüssen in der BVV
- Uneingeschränkter Betrieb des M3 - Haus der Begegnung sicherstellen
- Überprüfung auf Tätigkeit für die Staatssicherheit
- Neue Schulplätze mit Schulen und Eltern gemeinsam planen
- Keine Zwangsräumungen und Stromsperrungen
- Weg zur Schwimmhalle „Helmut Behrendt“ für Rettungswagen und Menschen mit Behinderungen barrierefrei machen
- Erhöhung der Impfkapazitäten im Bezirk für alle Altersgruppen – regionale Verteilung sichern (Gemeinsame Variante, zusammengestellt aus Anträgen von SPD, CDU und DIE LINKE)



Keine Kürzung bei der Kinder- und Jugendarbeit in Marzahn-Hellersdorf!

Am 15. Dezember 2021 hat der bezirkliche Jugendhilfeausschuss über die Förderung der Projekte der Kinder- und Jugendarbeit – u.a. Jugendklubs, Streetwork und Familienarbeit – für die nächsten zwei Jahre beraten. Gemeinsames Ziel der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses ist es, keine Kürzungen in diesem Bereich zuzulassen. Dafür werden wir gemeinsam mit den freien Trägern der Jugendhilfe in den anstehenden Haushaltsberatungen kämpfen.

Einstimmig beschloss der Ausschuss einen Finanzierungsvorschlag für die nächsten beiden Jahre, unterbreitet von einer dafür eingesetzten Arbeitsgruppe. Das Jugendamt hatte im November 2021 dem Jugendhilfeausschuss einen ersten Entwurf für die Verteilung der Mittel vorgelegt. Darin enthalten sind auch zum Teil erhöhte finanzielle Förderungen, damit die Träger der Projekte Gehaltsanpassungen vornehmen und Kostensteigerungen, z.B. bei den Betriebskosten, ausgleichen können. Alle zwei Jahre wird regulär neu über die Finanzierung entschieden. Die zur Verfügung stehenden Mittel werden je nach Anzahl von Kindern und Jugendlichen auf die Regionen des Bezirks aufgeteilt. Hierbei wird auch die besondere soziale Situation einzelner Stadtteile berücksichtigt. Marzahn-Nordwest und Hellersdorf-Nord werden beispielsweise finanziell stärker gefördert als Mahlsdorf. Die Träger erhalten vor einer Beschlussfassung die Möglichkeit der Anhörung im Jugendhilfeausschuss.

Deutlich wurde, dass es in erster Linie um die Sicherung der bestehenden Einrichtungen geht. Eine Schließung von Projekten muss aus unserer Sicht dringend verhindert werden. Daher haben wir als DIE LINKE darauf gedrängt, den ursprünglichen

Entwurf zu ändern und das Tschechow-Theater in Marzahn-NordWest wieder in die Finanzierung aufzunehmen. Im ersten Entwurf des Jugendamtes war eine weitere Finanzierung dieser Einrichtung



für 2022 und 2023 nicht mehr vorgesehen. Um Streichungen bei anderen Projekten zu verhindern, fordert der Jugendhilfeausschuss das Bezirksamt auf, die Gesamtsumme der Fördergelder in den Haushaltsberatungen um jährlich 20.000 Euro zu erhöhen. Damit könnte das Tschechow-Theater seine Arbeit im Kinder- und Jugendbereich fortsetzen. Kein Projekt verliert auf diese Weise seine Förderung.

Alle Streetwork-Projekte, das Kinder- und Jugendbeteiligungsbüro sowie das Projekt internationaler Begegnungen können ihre Arbeit weiterführen. Die Familienzentren, die Schülerklubs und die vielfältigen Projekte der offenen Kinder- und

Jugendarbeit in den Regionen des Bezirks sollen nach dem Willen des Jugendhilfeausschusses weiter finanziell gefördert werden.

Die ohnehin engen Spielräume ließen es nicht zu, neue Projekte in die Förderung aufzunehmen. Es gab mehrere Anträge, die keine Berücksichtigung bei der Finanzierung finden konnten. Das ist umso ärgerlicher, als dass die Herausforderungen für die Kinder- und Jugendhilfe gerade in Zeiten der Pandemie enorm gestiegen sind. Es muss künftig gelingen, auch wieder neue Projekte in die Förderung aufzunehmen. Dies darf aber nicht zu Lasten bestehender Einrichtungen gehen und muss durch einen deutlichen Aufwuchs der insgesamt zur Verfügung stehende Mittel gedeckt sein. Diesmal konnte zumindest verhindert werden, dass bestehende Projekte ihre

Förderung verlieren.

Uns geht es vor allem darum, trotz angespannter Haushaltslage die soziale Infrastruktur und insbesondere die Angebote der Familien-, Kinder- und Jugendförderung zu erhalten. Kürzungen hätten unweigerlich eine Verschlechterung der Angebote und ggf. die Schließung von Projekten zur Folge. Dies gilt es unbedingt zu verhindern. Da es voraussichtlich erst im Juni 2022 einen beschlossenen Landshaushalt geben wird, können zunächst nur Projekte weiter finanziert werden, die auch schon 2021 gefördert wurden.

BJÖRN TIELEBEIN
Fraktionsvorsitzender

Weihnachtsfeier für die Kinder ...

... der Unterkunft für Geflüchtete und Wohnungslose in der Otto-Rosenberg-Straße



Am 17. Dezember 2021 fand wieder die mittlerweile traditionelle Weihnachtsfeier für die Kinder der Unterkunft für Geflüchtete und Wohnungslose in der Otto-Rosenberg-Straße statt. Initiiert durch die Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion Marzahn-Hellersdorf, Sarah Fingarow (Bildmitte), haben wir zusammen mit dem Bezirksverband der LINKEN Marzahn-Hellersdorf wieder Spenden für individuell ausgesuchte Geschenke gesammelt. Wir danken allen Spenderinnen und Spendern und allen, die beim Verpacken geholfen haben! Die Vorbereitung der Feier übernahm wieder das Don-Bosco-Zentrum unter Leitung von Schwester Margareta. Zwei Feuerkörbe und heißer Kakao sorgten für Wärme, und auch das Wetter spielte mit. Bei der Verteilung der Geschenke wurde Sarah Fingarow durch unsere ehemalige Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle und unsere Bezirksstadträtin Juliane Witt (re. im Bild) unterstützt. Wir hoffen, dass wir den Kindern der Unterkunft und ihren Eltern die Weihnachtszeit etwas versüßen konnten.



Senat und Deutsche Bahn vereinbaren Bahnstationsmodernisierungsprogramm

Diese Bahnhöfe sollen in Marzahn-Hellersdorf modernisiert werden

Seit Jahren verhandelt die Senatsverwaltung Umwelt, Verkehr und Klimaschutz mit der Deutschen Bahn über ein Bahnstationsmodernisierungsprogramm. Dem Berliner Abgeordnetenhaus wurde dazu im Rahmen der jüngsten Haushaltsberatungen zum ersten Mal Bericht erstattet. Der Senat und die Deutsche Bahn haben sich mittlerweile über Prioritäten verständigt und eine Maßnahmenliste aus 50 Projekten beschlossen, die nun vorliegt.

Für S-Bahnhöfe in Marzahn-Hellersdorf liegen bisher folgende Pläne vor:

Kaulsdorf

Der S-Bahnhof Kaulsdorf soll grundlegend modernisiert werden. Dazu soll die Barrierefreiheit erweitert und ein neuer und lang ersehnter Südostzugang errichtet werden. Zur Erschließung des südöstlichen Entwicklungsgebietes soll die vorhandene Personenüberführung verlängert werden, sodass ein zusätzlicher Zugang zum Bahnhof entsteht. Dieser ist durch einen Aufzug barrierefrei herzustellen. In diesem Zusammenhang plant die Deutsche Bahn die Grunderneuerung der Verkehrsstation inklusive der Erneuerung des Bahnsteigs, des Bahnsteigdachs und der Einhausung.



Die Maßnahme soll laut Senat durch die Deutsche Bahn auf 2028/2029 terminiert worden sein.

Biesdorf

Am S-Bahn Biesdorf soll die Personenüberführung modernisiert werden, um so die Aufenthaltsqualität, Sicherheit und Barrierefreiheit zu verbessern. Die Personenüberführung wird Handläufe, Kontraststreifen und rutschfesten Belag erhalten. Der Wetterschutz am Bahnhof soll jeweils durch ein 85 Meter langes Bahnsteigdach auf jedem Bahnsteig ersetzt werden. Auch die Beleuchtung wird erneuert.

An den Bahnhöfen **Mehrower Allee, Poelchaustraße, Raoul-Wallenberg-Straße, Springpfuhl** sollen Bahnsteigdächer und Tragwerke modernisiert und die Beleuchtung erneuert werden. Die zwischen dem Senat und der Deutschen Bahn verhandelten Maßnahmen sind erste wichtige Schritte zur Modernisierung unserer S-Bahnhöfe. Doch offenbar hat man sich vor wichtigen Entscheidungen gedrückt. Es fehlt eine klare zeitliche Perspektive für die zügige Realisierung der Verlängerung der Personenüberführung am S-Bhf. Kaulsdorf, auf die der Bezirk seit Jahren wartet. Dass die Herstellung der Barrierefreiheit am S-Bahnhof Raoul-Wallenberg-Straße zur Otto-Rosenberg-Straße nicht Teil des Pakets ist, ist unverständlich, hat der Bezirk doch seit Jahren darauf aufmerksam gemacht, dass wichtige soziale Einrichtungen und der Parkfriedhof Marzahn von dort aus bis heute nicht barrierefrei erschlossen sind. Letztlich ist das Fehlen des S-Bahnhofs Ahrensfelde vor dem Hintergrund der langwierigen Diskussionen über den Zustand der Personenüberführung nicht erklärbar. Der Bahnhof wird von der Bahn vernachlässigt, und es hätte die Chance gegeben, endlich Maßnahmen auf den Weg zu bringen, den Bahnhof zu einem echten Eingangstor nach Berlin zu machen. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass das Maßnahmenpaket entsprechend ergänzt wird.

KRISTIAN RONNEBURG (MdA)

Auf den Hund gekommen?

Zum Jahreswechsel sind sie in aller Munde: Neue Gesetze und Verordnungen, die zum Jahresbeginn in Kraft treten. In der Regel werden diese vorher durch die zuständigen Behörden und Ämter breit angekündigt. Manche Änderungen scheinen aber auch in der Schublade verschwunden zu sein, bis sie in Kraft treten. So ähnlich ist es bei der Registrierungspflicht für Hunde geschehen, die seit dem 1. Januar 2022 gilt. Bereits 2016 und noch unter Senator Thomas Heilmann (CDU) wurde das Hundegesetz geändert. Die Änderung des Gesetzes sah die Registrierungspflicht für Hunde vor. Zu Recht hat sich darüber aktuell Ärger breit gemacht.

Lange Zeit blieb dies öffentlich weitgehend unbemerkt, nur die zuständige Senatsverwaltung, mittlerweile Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz (UMVK) – wusste zum Jahresbeginn über das Inkrafttreten zu berichten. Ab dem 1. Juli 2022 müssen demnach Hunde einmalig kostenpflichtig registriert werden. Bei einem Erwerb eines Hundes muss die Eintragung innerhalb von drei Monaten erfolgen. Die Gebühr dafür beträgt entweder 17,50 Euro (online – hunderegister.berlin) oder 26,50 Euro (telefonisch – 0441 36177990). Damit beauftragt ist der externe Dienstleister GovConnect.

Viel Verwunderung gab es auch in der Linksfraktion

im Abgeordnetenhaus zu dieser Änderung, denn schließlich ist maßgeblich auf Betreiben der LINKEN noch in der vergangenen Legislaturperiode das Hundesteuergesetz geändert worden, damit künftig Empfängerinnen und Empfänger von



Transferleistungen auf Antrag von der Zahlung der Hundesteuer für einen Hund befreit werden können. Diese Änderung gilt seit dem 1. Januar 2022 für Personen, die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II, Hilfen zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel des SGB XII, Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung oder Grund- oder Analogleistungen nach dem AsylbLG beziehen.

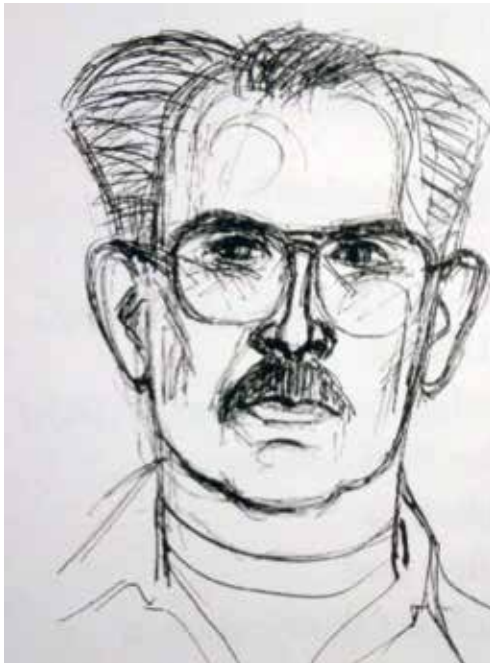
Grund für die Änderung war, dass die Hundesteuer insbesondere für Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen unverhältnismäßig hoch ist. Die Befreiung von dieser Steuer ist deshalb eine deutliche Entlastung für viele Menschen. Hundehalterinnen und Hundehalter sollten nicht aus steuerlichen Gründen erwägen müssen, ihr Tier entweder abzugeben oder sich keines anschaffen zu können.

Einerseits die Hundesteuer zu senken, andererseits aber für die Registrierung wieder eine Gebühr zu verlangen, ist kaum vermittelbar. Deswegen wird die Linksfraktion bei den anstehenden Haushaltsberatungen mit den Koalitionspartnern SPD und Bündnis'90/Die Grünen prüfen, ob Härtefallregelungen eingeführt werden können oder ob das Land die Kosten für die Registrierung gänzlich tragen kann.

KRISTIAN RONNEBURG (MdA)

Abschied von Hans Hübner: Fast immer hatte er die Kamera dabei

Für zahlreiche Menschen im Bezirk war der „lange“ Hans Hübner kein Unbekannter. Zum einen von Standaktionen, solange es seine Gesundheit erlaubte, zum anderen als Verfasser vieler Beiträge in „Marzahn links“ vergangener Jahre. Sein Buchprojekt über die antifaschistische Grafikerin Helen Ernst war ihm ein wichtiges Anliegen. Wir kannten ihn als unermüdlichen Sammler aller Grafischen, Gezeichneten, Gemalten über Karl Marx, Friedrich Engels und andere politische Persönlichkeiten der Geschichte. Mehrere Ausstellungen in der Geschäftsstelle der LINKEN verdanken wir ihm. Auch anderswo stellte er Teile seiner umfangreichen Sammlung vor. Zuletzt sahen wir ihn im Januar 2019 bei der Eröffnung einer Ausstellung im Linken Treff zu Ehren Rosa Luxemburgs. Beruflich bot sich für den Literaturfreund das Bib-



liothekswesen an. 1961, nach Abschluss eines dreijährigen Studiums in Leipzig bekam der Absolvent Hans Hübner eine Stelle als Leiter der Stadtbibliothek Brandenburg. Außerdem führte er einen Zirkel schreibender Arbeiter und war in der Kampfgruppe aktiv. Seine Kreativität, sein Interesse für Literatur und Kunst wiesen ihm schließlich den Weg zum Fernstudium der Kulturwissenschaften an die Humboldt-Universität Berlin. In seiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter eines Berliner Bibliotheksinstituts vermisste Hans die Nähe zu den Arbeitern, denn als solcher hat er sich immer gefühlt. So entschloss er sich, für drei Jahre in die Sowjetunion an die Erdgas-Trasse „Sojus“ zu gehen. Als Verantwortlicher für Bibliothekarisches konnte er dort außer dem Fachwissen seine Menschenkenntnis und seine Fähigkeit zuzuhören nutzen, denn es war auch der „Psycholo-

ge“ gefragt. Wieder in der Heimat, führte ihn sein Hang zur bildenden Kunst, u.a. war Hans Plakatsammler, in den SED-Parteiverlag für Agitation, wo er vier Jahre als Redakteur arbeitete. Mit einigen Gepflogenheiten willkürlicher Art kam er jedoch nicht klar und galt daher bei einigen als „politisch unzuverlässig“. Seine letzte berufliche DDR-Station war die wissenschaftliche Zentralbibliothek der Gewerkschaften, wo er auch an der Durchführung literarisch-musikalischer Veranstaltungen beteiligt war. Nach der Wende traf ihn, inzwischen über 50 Jahre alt, die Arbeitslosigkeit. Eine ABM-Tätigkeit brachte Hans mit linken Christen zusammen. Dass deren Ansichten von denen der Marxisten gar nicht so weit entfernt sind, war für ihn die große Erkenntnis der Wende, mit der er sonst wie viele seiner Zeitgenossen einige Bauchschmerzen hatte. Mit 60 entschloss sich Hans Hübner, in Rente zu gehen, da er keine Arbeitsangebote mehr bekam. Als kreativer Mensch und PDS-Mitglied kam er dann zu „Marzahn links“, schrieb Texte, unterstützte mit seinen Fotografien von Ereignissen hier und anderswo. Doch damit nicht genug. In seiner Heimatstadt Belgig unterstützte Hans einen Infoladen gegen Rechtsextremismus. Aus seiner Marx-Sammlung entstand sogar ein Buch „Grüß Gott! Da bin ich wieder!: Karl Marx in der Karikatur“. Nun ist Hans Hübner kurz vor Vollendung seines 85. Lebensjahres verstorben. Wir werden ihn nicht vergessen!

SABINE BEHRENS / YVETTE RAMI

Aus dem Bezirksvorstand:

„... und immer noch das Murmeltier ...“

..., denn immer noch prägt die Pandemie unser Partei-/Leben ... Wir werden routinierter - wenn gleich keinesfalls weniger vorsichtig - und hoffen weiter darauf, dass es sich endlich ausmurmelt ... Björn Tielebein, unser Kandidat für den Marzahner Norden im Wahlkreis 1, tritt ebenso so unermüdlich und konsequent für seine und unser aller Sache ein. Ein erstes Gespräch unseres Kandidaten, unserer Bezirksstadträtin Julia Witt sowie unseres Bezirksvorsitzenden Kristian Ronneburg mit Vertreter*innen der SPD (Iris Spranger und Gordon Lemm) zur Abstimmung eines zielstrebigen und gemeinsamen Vorgehens bei der Neuwahl eines/einer direkt zu Wählenden für das Abgeordnetenhaus zu Berlin (AHB) im WK 1 fand bereits am 14.12.2021 statt. Ergebnisse lagen bis zum Redaktionsschluss noch nicht vor. Auch die Ergebnisse der Mitgliederabstimmung der LINKEN hinsichtlich der Frage über die Annahme des Berliner Koalitionsvertrages von SPD, Grünen und LINKEN gab es zum Zeitpunkt des letzten Bezirksvorstands (BV)-Treffens noch nicht. Eine Auswertung der eigenen Basiskonferenz sowie des außerordentlichen Landesparteitags ließ die Vermutung über ein Votum bzgl. der o. g. Thematik mit mehr Neinstimmen als noch vor fünf Jahren zu. Ein womöglich nicht repräsentatives Echo aus einigen Basisorganisationen (BO) offenbarte jedoch eine unter anwesenden Mitgliedern mehrheitliche Annahme des Koalitionsvertrages. Mittlerweile ist es klar: Die an der Mitgliederabstimmung teilnahmen, sprachen sich mehrheitlich

für ein Mitregieren der LINKEN aus, was wir als BV von Marzahn-Hellersdorf begrüßen. Wie die Geschicke zielstrebig und im Sinne der Wähler*innen in den kommenden fünf Jahren gelenkt werden sollen, wird Thema auf der Klausur der Bezirksverordnetenversammlung vom 21. bis 23. Januar sein. Die Teilnahme des BV ist sowohl gewünscht als auch gesichert. Vermutlich wird neben vielen Tagesordnungspunkten auch die Mitgliederentwicklung eine Rolle spielen. Erfreulicherweise konnte unser Bezirksverband im Jahr 2021 ca. dreißig Neumitglieder begrüßen. Somit ist automatisch ein Diskussionspunkt auch für unsere erste Januar-BV-Tagung gesetzt: Die adäquate Einbeziehung und Einbindung neuer Mitglieder und deren Tatkraft sowie Ideen in Parteileben und -struktur. Parallel dazu läuft die weitere Auswertung der Ergebnisse der Wahlen vom September 2021. Auf der letzten BV-Sitzung im Dezember wurde der „Beschluss zur externen Studie zum Wahlverhalten in Marzahn-Hellersdorf“ mehrheitlich angenommen. Vorgesehen ist die Beauftragung einer Meinungsforschungsfirma aus Berlin zur Durchführung von 600 Befragungen und deren eindeutige Zuordnung zu Marzahn, Hellersdorf sowie den Siedlungsgebieten. Und schließlich begann der Bezirksvorstand, sich mit der Finanzplanung 2022 zu beschäftigen. Darüber und über noch vieles mehr werden wir Euch auf dem Laufenden halten. Na dann: Auf ein frohes Neues!

KARIN MÜLLER / UWE WOLLMERSTÄDT

Tag des Ehrenamtes

Zum Tag des Ehrenamtes 2021 wurde Anfang Dezember unsere Genossin Ute Thomas vom Vorsteher der BVV Marzahn-Hellersdorf geehrt. Und das hat sie wirklich verdient für ihr unermüdliches ehrenamtliches Engagement, zunächst in der BVV, dann als Bürgerdeputierte und in GEW und DGB, aber auch in der antifaschistischen Arbeit und vor allem bei der Beschäftigung mit Kindern. Sei es bei den verschiedenen Kinderfesten und -veranstaltungen im Bezirk und zuletzt bei mehreren Projekten für und mit den Kindern in der Geflüchtetenunterkunft im Murtzauer Ring. Vielen Dank für deinen Einsatz!

B. GOLLMITZ



Ute Thomas

Foto: privat

Kalenderblätter ...

Vor 25 Jahren, am 1. Januar 1997, wurden auf Beschluss des Berliner Senats das Kaulsdorfer Krankenhaus, Myslowitzer Straße 45, und das Wilhelm-Griesinger-Krankenhaus, Brebacher Weg 15, zum „Städtischen Krankenhaus Hellersdorf“ zusammengelegt. Gegen diese Zusammenlegung hatte es sowohl in Marzahn als auch in Hellersdorf Widerstand der Beschäftigten der beiden Krankenhäuser gegeben, der durch Bezirkspolitiker, vor allem der PDS, unterstützt wurde. Befürchtet wurden Einschnitte in der medizinischen Betreuung der Bürgerinnen und Bürger durch Schließung von einzelnen Abteilungen und ein Gefährdung des gesamten Standortes. Deshalb musste der neue Bezirk Marzahn-Hellersdorf auch nach der Bezirksfusion zum 1. Januar 2001 mit dem Senat um das Fortbestehen des Krankenhauses ringen. Erst nachdem am 9. Februar 2006 zwei Häuser nach einer umfangreichen Sanierung den Betrieb wieder aufnehmen konnten, stellte die damalige Gesundheitsministerin, Heidi Knake-Werner (PDS) fest, dass der Standort endlich gesichert ist. Das war auch ihr Verdienst und der von Bezirkspolitikern parteiübergreifend sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Krankenhauses. Seit 2016 trägt das Krankenhaus wieder den Namen „Klinikum Kaulsdorf“, ist Teil des kommunalen Vivantes Krankenhauskonzerns, verfügt über 8 Fachabteilungen, 465 Betten und beschäftigt 121 Ärztinnen und Ärzten sowie 303 Pflegekräfte.

Vor 40 Jahren wurde die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaft (AWG) „Berliner Handel“ durch den Zusammenschluss AWG „Einzelhandel Handelsorganisation (HO) Berlin“, der AWG „Centrum Warenhaus Berlin am Ostbahnhof“, der AWG „Konsum Berlin“ und der AWG „Großhandel Waren täglicher Bedarf“ gegründet. Die ersten 1.235 Wohnungen in Marzahn übernahm sie 1983/1984 in der in der Mehrower Allee (ehemals Otto-Winzer-Straße). Am 8. November 1990 benannte sich die AWG in „Berlin Brandenburgische Wohnungsbaugenossenschaft e.G.“ um. 1998/1999 veräußerte die WBG 512 Wohnungen wegen des Altschuldenhilfegesetzes. Bis 2004 fanden umfangreiche Sanierungen und Modernisierungen des gesamten Wohnungsbestandes statt. 2010 kaufte die WBG das Grundstück einer ehemaligen Kita und baute darauf altersgerechte Wohnungen und eine Kita. 2019/2020 baute sie in der Cecilienstraße das neue Wohnquartier „Wuhleblick“ mit 70 Wohnungen und einer Kita mit 85 Plätzen. Die Genossenschaft verfügt in Marzahn derzeit über ca. 3.400 Wohnungen.

ZUSAMENGESTELLT VON RENATE SCHILLING

Hinten links: Kriegskredite

Für 256 Mio. Euro lässt die Bundesregierung (im Auftrag der USA) den Fliegerhorst Büchel umbauen, damit dort statt der B-61-Atombomben die B 61-12 stationiert werden können. Diese sind lenkbar und programmierbar – und weiterhin auch als Bewaffnung für die Tornados der Bundesluftwaffe vorgesehen.

Karl Liebknecht war der Einzige, der im Reichstag zum Beginn des Ersten Weltkriegs gegen die Kriegskredite gestimmt hatte.

Im ersten Weltkrieg starben etwa elf Millionen Menschen, davon sieben Millionen Zivilisten; von den 16 Millionen eingesetzter Pferde kamen übrigens acht Millionen um. Die bei Kriegsende und danach grassierende Spanische Grippe kostete weitere Millionen Menschenleben, Schätzungen sprechen von 50 000 000 bis 100 000 000.

Die weltweiten Kriegskosten für den Ersten Weltkrieg wurden mit 956 Milliarden Goldmark berechnet, davon hatten die Deutschen 146 Milliarden Goldmark aufzubringen. Die Schuld des Deutschen Reiches betrug zum Kriegsende 145 Mrd. Goldmark – die letzte Rate in Höhe von 75 Millionen Euro zahlte das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen am 3. Oktober 2020 – womit vor „gut“ einem Jahr für den deutschen Steuerzahler der Erste Weltkrieg 92 Jahre danach endlich beendet war.

Frage:

Wie viele Schulden haben wir als Deutsche in zweiter und dritter und vierter ... Generation nach dem Zweiten Weltkrieg noch abzutragen?

R. RÜDIGER

Bezirksvorstand

» 25.1., 8.2., 22.2. jeweils 19 Uhr, per Videokonferenz

Basis-Koordinierungsberatungen

» 26.1., 17 Uhr, BO WK 5

» 1.2., 19 Uhr, BO WK 3 und WK 6

» 9.2., 17 Uhr, BO WK 4

» 10.2., 19 Uhr, BO WK 1

(den jeweiligen Ort bitte erfragen)

Treffen im Wahlkreis 1 und 2

» 21.2., 18.30 Uhr, GMV (hybride Videokonferenz) der WK 1 und 2, Gast: Genossin Martina Michels, Abgeordnete der LINKEN im EU-Parlament. Interessierte Genossinnen und Genossen aus anderen WK sind herzlich eingeladen. Link bitte über GST anfordern.

Sprechstunde Petra Pau (MdB)

» bitte telefonisch im Wahlkreisbüro erfragen: 030 22771098

Sprechstunden Dr. Manuela Schmidt (MdB)

» Tel: 030 54980323, E-Mail: buero@dr-manuela-schmidt.de, Sprechstunde: nach persönlicher Vereinbarung

Sprechstunden Kristian Ronneburg (MdB)

» jeden 1. + 3. Mittwoch im Monat von 16 - 18 Uhr, Voranmeldung unter

Telefon: 030 47057520 / mobil: 0176 77212140, E-Mail:

volkert@wk.linksfraktion-berlin.de

BVV-Fraktion

» Unser Büro ist montags und donnerstags zwischen 12 und 14 Uhr besetzt. Bitte schreiben Sie uns in dringenden Fällen eine E-Mail oder rufen Sie uns an. Bitte beachten Sie weiterhin, dass es bei der Beantwortung Ihrer Anfragen mitunter zu Verzögerungen kommen kann. Wir bitten um Ihr Verständnis. E-Mail: kontakt@linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de

Telefon: 030 902935820 | 0170 8622128 | 0170 5374824. Weitere Infos unter:

<https://www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de/aktuelles/aktuell/>

„Wir bauen zu viele Mauern – und nicht ausreichend Brücken.“

Isaac Newton

www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de**Abgeordnetenbüros**

» **Petra Pau** (MdB), Telefon: 030 99289380, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, 12627 Berlin

» **Dr. Manuela Schmidt** (MdB), Telefon: 030 54980323, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **Kristian Ronneburg** (MdB), Tel. 030 47057520, Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

Geschäftsstelle / Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12,

12627 Berlin, Tel.: 030 5412130 / 030 9953508 - Telefax: 030 99901561

Unsere	Montag:	10 - 17 Uhr
Öffnungs-	Dienstag:	13 - 17 Uhr - coronabedingt keine Kassierung
zeiten:	Donnerstag:	13 - 18 Uhr
	Freitag:	coronabedingt geschlossen

Impressum Marzahn-Hellersdorf links

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Leserzuschriften sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrer Kürzungen von Beiträgen vor. Anonyme Schreiben an die Redaktion werden nicht bearbeitet.

Layout: Yvette Rami; **Fotos:** DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf, Ben Schneider, privat;**Anschrift der Redaktion:** c/o DIE LINKE, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, fon: 030 5412130, fax: 030 99901561**Internet:** www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de**E-Mail:** bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de**Bearbeitungsschluss:** 10.01.2022, **Auslieferung ab 13.01.2022****Druck:** BV Berliner Zeitungsdruck GmbHMarzahn-Hellersdorf **links** wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert.Empfehlung: 35 Euro-Cent. Die nächste Ausgabe erscheint am **10.02.2022 (Anlieferung aus Druckerei).**